

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 57/1 (2026), 73-88

DOI: 10.60684/msg.v57i1.105

Tim Zumloh

LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte

**Die Herausbildung eines urbanen politischen Subjekts.
Auseinandersetzungen um das Jugendzentrum Gütersloh 1970 bis 1973**

MSG Moderne Stadtgeschichte

ISSN: 2941-6159 online

<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).

Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte sind gesondert abzuklären.

© Tim Zumloh 2026



Tim Zumloh

Die Herausbildung eines urbanen politischen Subjekts. Auseinandersetzungen um das Jugendzentrum Gütersloh 1970 bis 1973

From 1970 to 1973, young people in the West-German town Gütersloh demanded a municipal youth centre. This article examines, how these young people's views on why they need a youth centre changed during the conflictual phase of demands. The study is based on the hypothesis, that here urbanity was negotiated and that these demands therefore display a process of "Doing City". These negotiations moved towards a political notion of urbanity. Young people began to understand themselves as a marginalised group in the city. Hence, their demand for urbanity became a political demand. The key expression of this political urbanity was – as I argue – the emergence of the marginalised youngster in the city as the political subject to mobilise.

Von 1970 bis 1973 forderten Jugendliche in der westdeutschen Stadt Gütersloh ein städtisches Jugendzentrum. Der Beitrag untersucht, wie die Vorstellungen dieser jungen Menschen davon, warum sie ein solches Jugendzentrum benötigten, sich in dieser konfliktreichen Phase der Forderung wandelten. Die Fallstudie beruht auf der Annahme, dass hier Urbanität verhandelt wurde und dass diese Forderung daher als ein Prozess des „Doing City“ zu verstehen ist. Die Aushandlungen bewegten sich in Richtung einer politischen Wahrnehmung dieser Urbanität. Junge Menschen begannen, sich selbst als benachteiligte Gruppe in der Stadt wahrzunehmen. Ihre Forderung nach Urbanität wurde zu einer politischen Forderung. Wichtigster Ausdruck dieser Urbanität war – wie argumentiert wird – die Herausbildung des benachteiligten Jugendlichen in der Stadt als das politische Subjekt, das mobilisiert werden sollte.

1. Einleitung

Im Jahr 1970 erschienen in der Gütersloher Jugendzeitschrift *Zet* zwei Beiträge, die ein städtisches Jugendzentrum forderten.¹ Die beiden jugendlichen Autoren Friedrich Wilhelm Schröer und Stefan Sedlacek trugen unterschiedliche Argumentationen vor. Für Schröer ging es um einen Ort, um politisches Engagement auszuleben: „Gerade in letzter Zeit“, begann er seinen Text, „zeigt sich [...] unter Gütersloher Jugendlichen ein zunehmendes Interesse an politischen Fragen“. Er bezog sich dabei auf Reformen des Schulwesens und der Lehrlingsausbildung. Dieses Interesse erlahme – so Schröer weiter – wenn den politischen Gruppen keine Räume zur Verfügung gestellt würden. Sedlacek vermisste dagegen einen Raum, in dem Jugendliche ihre Freizeit gestalten konnten, eine „öffentliche Tanzgelegenheit“ sowie die Möglichkeit, sich „abends irgendwo [...] aufzuhalten“. Die bestehenden Angebote seien zu teuer und „dazu muss man sich [...] noch das Geschimpfe [...] älterer Cafébesucher anhören“. Wobei es sich bei jenen Cafébesuchern um dieselben Leute handelte, die sich über die „gammelnde‘ Jugend“ vor dem innerstädtischen Kaufhaus Hertie empörten. Solange kein Jugendzentrum eröffnete, kündigte er ihnen an: „Wir gammeln weiter“.

Die Beiträge scheinen einen Widerspruch zu offenbaren. Schröer – bei den Jungsozialist*innen (Jusos – die Jugendorganisation der SPD) und in der *Zet*-Redaktion aktiv – vertrat die Interessen politischer Gruppen: In Gütersloh beanspruchten etwa die *Zet*, ein „Politseminar“ oder eine „Arbeitsgemeinschaft Gütersloher Schüler und Lehrlinge“ Räume im Jugendzentrum. Sedlacek hingegen ging es um den jugendlichen Alltag und die Jugendkultur in der Stadt. Schröer suchte Räume für die politische Seminararbeit, Sedlacek ein Freizeitangebot.

Um diesen Widerspruch zu bearbeiten, hilft der Begriff der *Urbanität*. Die folgende Mikrostudie zur Geschichte der Auseinandersetzungen um das Gütersloher Jugendzentrum von der ersten dokumentierten Forderung in der *Zet* bis zur Eröffnung durch die Stadt zu Jahresbeginn 1974 beruht auf einem politischen Verständnis von *Urbanität*, das die offene Austragung von Konflikten ausdrücklich einschließt und sogar voraussetzt.

Mit dem Konzept des *Doing City*² ist die Herstellung dieser *Urbanität* als Prozess zu verstehen. Wie zu sehen sein wird, wandten sich die engagierten Jugendlichen in Gütersloh im weiteren Verlauf mehrheitlich von der Forderung nach einem Jugendzentrum für die politische Gruppenarbeit ab und verorteten sich stattdessen als eine im Stadtraum benachteiligte Gruppe. Die hier idealtyp-

¹ Vgl. und die folgenden Zitate, Friedrich-Wilhelm Schröer, Wir brauchen ein Gütersloher Jugendzentrum, in: *Zet. Güterslohs junges Magazin* 1/1970, in: Stadtarchiv Gütersloh [im Folgenden: StA GT] DS 7244; Stefan Sedlacek, Wir gammeln weiter, in: ebd.

² Vgl. die Einleitung von Daniela Mysliwicz-Fleiß in diesem Heft.

pisch vorgestellten Sichtweisen Schröers und Sedlaceks liefen in der Urbanität zusammen. In einem Wechselspiel aus diskursivem Wandel – bei Diskussionsveranstaltungen, in Leserbriefen und Jugendzeitschriften – und performativen Aneignungen – durch eine Demonstration, provokante Bemalungen eines Jugendraums oder die kurzzeitige Besetzung des Rathauses – entwickelten die in Gütersloh engagierten Jugendlichen eine Urbanität, die in einem neuen Selbstverständnis als urbane politische Subjekte zum Ausdruck kam.

2. *Doing City* und Urbanität

Der hier verwendete Urbanitätsbegriff entstammt den Arbeiten Henri Lefebvres.³ Lefebvre entwickelt „das Urbane“ aus einer Kritik der Urbanisierung im 20. Jahrhundert. Diese hatte seiner Auffassung nach funktionalistische Städte hervorgebracht, die durch ihre Zergliederung geprägt waren: Arbeit, Freizeit und Wohnen wurden zu je klassenspezifisch abgetrennten Lebensbereichen, die nur noch ein weites Straßennetz verband. Entsprechend zergliedert – und folglich monoton und verarmt – zeigte sich für Lefebvre das städtische Leben.

Dieser Eintönigkeit der Urbanisierung setzt Lefebvre die Urbanität entgegen. Er erwartete sogar, dass Urbanität an ihrem Ende stehen würde. Denn so rücksichtslos die Urbanisierung auch voranschritt: Die Städte bewahren, so Lefebvre, ihre Eigenschaft als Zentralität. Diese Zentralität ist immer umkämpft. Und in jedem dieser Kämpfe lauert die Urbanität und wartet auf ihre – womöglich nur zeitweise – Verwirklichung. Die letztliche Definition von Urbanität bleibt etwas vage. Lefebvre umschreibt sie als „geistige und soziale Form [...] der Gleichzeitigkeit, [...] des Zusammenwirkens, der [...] Begegnungen“.⁴ Als Gegenentwurf zum Funktionalismus sieht er sie als „Menge an Verschiedenheiten“ und spricht von einem „permanente[n] Ungleichgewicht“⁵ sowie dem „Augenblick des Spielerischen und Unvorhersehbaren“.

In diesen Worten klingt die für Lefebvre hohe Bedeutung des Alltags an, der wieder Subjektivität, Kreativität und Raumaneignungen ermöglichen sollte. Über seine Betrachtungen des Alltags sind Lefebvres Überlegungen auch in den Ansatz des *Doing City* eingeflossen.⁶ Denn der städtische Alltag ist es, in dem Menschen Bedeutungen von Räumen und Ansprüche an Räume hervorbringen und aushandeln. Nur bei einer tatsächlichen Veränderung dieses Alltags lässt sich von einem *Doing City* sprechen.

³ Vgl. Henri Lefebvre, *Das Recht auf Stadt*, Hamburg 2019.

⁴ Dieses und folgendes Zitat, Lefebvre, *Recht auf Stadt*, S. 124-125.

⁵ Dieses und folgendes Zitat, ebd., S. 122.

⁶ Vgl. Johanna Rolshoven, *Stadtforschung als Gesellschaftsforschung. Eine Einführung in die Kulturanalyse der Stadt*, Bielefeld 2021, S. 27-35.

Zusammengefasst können die alltäglichen Handlungen des *Doing City* als Prozesse der Herstellung von Urbanität verstanden werden. Sie benötigen in dieser Eigenschaft allerdings ein entsprechendes urbanes politisches Subjekt. Für Lefebvre formiert sich dieses gegen staatliche Übermacht, Fremdbestimmung und Bürokratie. Die Stadt sieht er als „Zwischenstufe“⁷ zwischen Staat und „Stadtbürger“. Jene Stadtbürger*innen forderten die Fremdbestimmung in besonderem Maße heraus, waren sie doch urbane politische Subjekte, die nach der Aneignung von Räumen und ihrer Selbstverwaltung verlangen konnten.⁸

3. Blick in die Forschung: Jugendzentrumsbewegung und Jugend in der Stadt

Im hier betrachteten Untersuchungszeitraum trat eine „Jugendzentrumsbewegung“ in vielen Klein- und Mittelstädten auf. Ihre Kernforderung war die Selbstverwaltung.⁹ Jugendliche wollten sich befreien von den Erziehungsansprüchen der als autoritär empfundenen „Jugendpflege“ der traditionellen Träger, vor allem der Kirchen. Zwar gewannen auch kommerzielle Angebote – Kneipen oder Diskotheken – an Beliebtheit. Doch die größere Auswahlfreiheit hier gab es nur um den Preis des Konsumdrucks. In selbstbestimmten Jugendzentren hingegen sollte die Freizeit zwanglos verlebt werden können.

Hinter der Forderung nach Selbstverwaltung stand der größere Entwurf einer politischen linken ‚Gegenkultur‘.¹⁰ Bei dieser handelte es sich nicht bloß um eine Subkultur, sondern um einen konfrontativen Gegenentwurf: Die Gegenkultur wollte gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen. Die Jugendzentren waren in dieser Gegenkultur „Knotenpunkte eines [...] Netzwerks“,¹¹ welches sich ab ‚1968‘ über die Bundesrepublik erstreckte. Dieses Netzwerk war deshalb so wichtig, da die Gegenkultur über ihre Orte bestand: Neben Jugendzentren konnten dies Debattierclubs, Musikveranstaltungen oder Wohngemeinschaften sein.

⁷ Dieses und folgendes Zitat, Lefebvre, *Recht auf Stadt*, S. 120-121.

⁸ Vgl. Stuart Elden, *Understanding Henri Lefebvre. Theory and the Possible*, New York 2004, S. 226-229.

⁹ Vgl. Detlef Siegfried, *Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2017, S. 655-661; ders., „Einstürzende Neubauten“. Wohngemeinschaften, Jugendzentren und private Präferenzen kommunistischer „Kader“ als Formen jugendlicher Subkultur, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44, 2004, S. 39-66, hier S. 52-59; David Templin, *Freizeit ohne Kontrollen. Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre*, Göttingen 2015, S. 81-86.

¹⁰ Vgl. Siegfried, *Time*, S. 453-475; Ders., *Urbane Revolten, befreite Zonen. Über die Wiederbelebung der Stadt und die Neuaneignung der Provinz durch die „Gegenkultur“ der 1970er Jahre*, in: Adelheid van Saldern (Hrsg.), *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchzeiten*, Stuttgart 2006, S. 351-366, hier S. 352-354.

¹¹ Siegfried, *Time*, S. 655.

Jugendliches Leben und Protestieren war (und ist) eine territoriale Erfahrung. Dies galt für die ‚Halbstarke-Krawalle‘ der 1950er Jahre, ‚1968‘ und die Hausbesetzungen der 1970er und 80er Jahre.¹² Jugendlichen blieb in der Urbanisierung kaum Raum. ‚1968‘ war so gesehen auch eine „Repolitisierung“¹³ der Stadt – ihrer Plätze und Parks – durch ihre Besetzung. Jugendliche und junge Erwachsene wandten sich gegen die „kommunikative Verarmung“ und die Krise der Urbanität – hervorgerufen durch Verkehrsprobleme, die zerfasernde Ausdehnung der Städte verbunden mit dem Niedergang der Innenstädte und der sozioökonomischen Ungleichheit.¹⁴ Die Forderung nach Urbanität ist insgesamt als eine verbindende Klammer der Proteste der späteren 1960er bis in die 1980er Jahre zu sehen.¹⁵

Strategien gegen die Urbanisierung konnten der Ladendiebstahl in den innerstädtischen Kaufhäusern sein, Fahrkartenproteste und Boykotte des Öffentlichen Nahverkehrs oder Hausbesetzungen.¹⁶ Auch das „Gammeln“ war so gesehen eine urbane Strategie.¹⁷ Es vermittelte Konsumverzicht und die Ablehnung der Arbeit in der Industriegesellschaft. In der funktionalistisch effizienten Stadt war das Gammeln eine Provokation: Jugendliche taten bewusst nichts auf zentralen Plätzen. Insgesamt waren die Proteste seit ‚1968‘ nicht nur eine Bewegung analytisch kühler Studierender, sondern eine Mobilisierung weiterer Kreise aus Künstler*innen und Provokateur*innen, Hippies und Aussteiger*innen.¹⁸ Genau deshalb war die Urbanität so wichtig: Diese Akteur*innen kamen nicht in Organisationen zusammen, sondern auf öffentlichen Plätzen, in Cafés und Kneipen, bei Konzerten und Partys.¹⁹

¹² Vgl. Werner Lindner, *Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn*, Essen 1996, S. 58-63, S. 100-103, S. 260-275, S. 414-420.

¹³ Dieses und folgendes Zitat, ebd., S. 102.

¹⁴ Vgl. Felix Fuhg, *London's Working-Class Youth and the Making of Post-Victorian Britain, 1958-1971*, Cham 2021, S. 291-303.

¹⁵ Vgl. Freia Anders, „Break Down the Violence in a Place Where It Is Vulnerable“. *The Urban '68 and Its Aftermath – Expert Critique, “Tenant Campaigns”, and Squatter Movements*, in: Stephen Milder/Belinda Davis/Friederike Brühöfener (Hrsg.), *Rethinking Social Movements after '68. Selves and Solidarities in West Germany and Beyond*, New York/Oxford 2022, S. 111-132.

¹⁶ Vgl. Alexander Sedlmaier, *Consumption and Violence. Radical Protest in Cold-War West Germany*, Ann Arbor 2014, S. 25-60, S. 146-167, S. 205-232.

¹⁷ Vgl. Yvonne Robel, *Viel Lärm um Nichts. Eine Wahrnehmungsgeschichte des Nichtstuns in der Bundesrepublik*, Göttingen 2024, S. 123-154.

¹⁸ Vgl. Timothy Scott Brown, *West Germany and the Global Sixties. The Anti-Authoritarian Revolt, 1962-1978*, Cambridge 2013, S. 21-78.

¹⁹ Vgl. Tim Verlaan, *The Magic Centre. The Provo Movement and Sociocultural Critiques on Urban Redevelopment in Amsterdam 1965-1970*, in: Tim Verlaan/Christian Wicke (Hrsg.), *Urban Activism in Western Europe from the 1950s to the 1980s*, Cham 2024, S. 53-71, hier S. 69-70; Elena Prat/Christian Wicke, *Let's Take the City. Turin's Urban Move-*

Die Jugendzentren sind Vorläufer der linken ‚Freiräume‘ seit den späten 1970er Jahren. Diese gehen auf eine umfassendere Kritik an der verkehrsrecht sanierten, kapitalistisch-konsumorientierten, daher eintönigen und letztlich repressiven Stadt zurück.²⁰ Linke wollten dieser Stadt in und aus ihren Freiräumen heraus Kreativität, Identität und Lebensfreude, aber auch Proteste entgegensetzen. Die Freiräume betrachteten sie geradezu als eine zu erkämpfende Kriegsbeute.²¹ Dennoch sind Forderungen nach Freiräumen nicht als Abkehr von der Stadt zu verstehen, sondern umgekehrt als Forderungen nach Zugehörigkeit – ein knappes Gut in der Stadt der Urbanisierung.

4. Das Jugendzentrum der Gütersloher ‚68er‘

‚1968‘ erfasste auch die Gütersloher Jugend.²² Schüler*innen übten Kritik an Schule, Gesellschaft und Politik. Die Entwicklung veränderte auch die Lebensstile: ‚Hippies‘ und ‚Gammler‘ gab es nun auch hier. Eine wichtige Rolle nahm die Kultur ein.²³ Politisiert wurden viele auch über Filmreihen und Protestlieder. Auf diese Politisierung folgte die Forderung nach einem Jugendzentrum.

Kurz nach den einleitend zitierten *Zet*-Beiträgen versandte eine „Initiativgruppe Jugendzentrum“ im September 1970 einen Offenen Brief.²⁴ Ihn unterzeichneten die Junge Union und die Jusos, die Evangelische und die Katholische

ment, 1968–1975, in: ebd., S. 141-170, hier S. 152-153.

²⁰ Vgl. Freia Anders, Wohnraum, Freiraum, Widerstand. Die Formierung der Autonomen in den Konflikten um Hausbesetzungen Anfang der achtziger Jahre, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010, S. 473-498; Sven Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014, S. 880-881; Nadine Zberg, *Von der Gartenstadt in den Stadtdschungel. Stadtkritik am Anfang und am Ende der städtebaulichen Moderne*, in: Detlef Siegfried/David Templin (Hrsg.), *Lebensreform um 1900 und Alternativmilieu um 1980. Kontinuitäten und Brüche in Milieus der gesellschaftlichen Selbstreflexion im frühen und späten 20. Jahrhundert*, Göttingen 2005, S. 87-104.

²¹ Vgl. Sabin Bieri, *Vom Häuserkampf zu neuen urbanen Lebensformen. Städtische Bewegungen der 1980er Jahre aus einer raumtheoretischen Perspektive*, Bielefeld 2012, S. 372-374.

²² Vgl. Thomas Küster, *Das Erlernen des Dialogs. Veränderungen des gesellschaftlichen Klimas nach 1968 am Beispiel eines Gütersloher Gymnasiums*, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2005, S. 683-705.

²³ Vgl. Joana Gelhart, „Über die Kultur findet eine Stadt zu ihrer Identität“. *Kultur(-politik) zwischen Kleinstadtvergangenheit und Großstadtsehnsucht*, in: Christoph Lorke (Hrsg.), *Gütersloh – Geschichte einer Stadt (1945–2025)*, S. 73-109, hier S. 92-93.

²⁴ Vgl. *Initiativgruppe Jugendzentrum an Bürgermeister der Stadt Gütersloh. Betr. Beantragung eines Gütersloher Jugendzentrums*. Gütersloh, den 1.9.1970, in: StA GT E 628.

Jugend, ein „Politseminar“ und die Zet-Redaktion selbst. So stand am Beginn der Forderungen nach einem Jugendzentrum der Versuch, Geschlossenheit unter den Jugendlichen zu vermitteln. Die Initiativgruppe fasste die Gründe für ein Jugendzentrum entsprechend weit: Erstens würden Räume benötigt zur Diskussion politischer und gesellschaftlicher Themen, zweitens fehlte in der Stadt eine „Tanzgelegenheit“, drittens wurde ein Café als täglich geöffneter Treffpunkt gefordert.

Trotz der demonstrativen Breite dieses Bündnisses: Das von der Initiativgruppe geplante Jugendzentrum war auf die verschiedenen, nach ‚1968‘ entstandenen politisch-kulturellen Gruppen zugeschnitten. Eine der Stadtverwaltung vorgelegte Organisationskizze verdeutlicht dies (Abb. 1). Die Gruppen sollten Delegierte in ein „Organisationskomitee“ entsenden, das anschließend die Abstimmung mit der Stadtverwaltung übernahm.

Eine so weit gehende Selbstbestimmung rief zwar rechtliche Bedenken hervor; insgesamt stießen die Forderungen nach einem Jugendzentrum in der lokalen Politik und Verwaltung sowie in der Lokalpresse jedoch auf Wohlwollen. Der CDU-Bürgermeister versprach Unterstützung,²⁵ und der Stadtdirektor empfing die Initiativgruppe zur Besprechung.²⁶ Doch obwohl die Jugendlichen ausdrücklich nicht einen Neubau, sondern die Umnutzung eines bestehenden Gebäudes forderten, fand sich zunächst keine Lösung. Daher verlief eine erste öffentliche Diskussionsveranstaltung dann doch kontrovers.²⁷ Viele Jugendliche

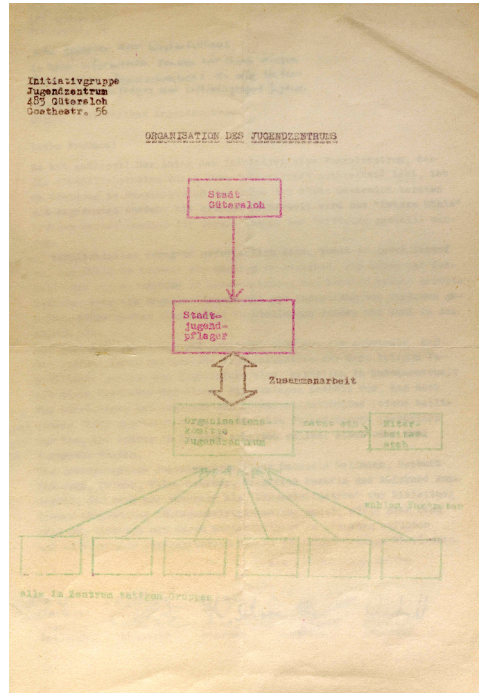


Abb. 1: Die Gruppen als Basis – Organisationskizze der Initiativgruppe, in: StA GT E 628.

²⁵ Vgl. ohne Autor [im Folgenden: o. A.], „Meiers Mühle“ als Jugendzentrum?, in: Die Glocke, 12.09.1970.

²⁶ Vgl. Aktennotiz Gerd Wixforth, Betr. Kommunikationszentrum für die Jugend. Gütersloh, den 1. September 1970, in: StA GT E 628.

²⁷ Vgl. o. A., „Problem der Jugend“ künstlich aufgebauscht. Umfunktionierte Podiumsdiskussion des Stadtjugendrings Gütersloh – Noch einmal: Jugendzentrum, in: Die Glocke, 05.10.1970.

in der Stadt, so zeigte sich, trauten der einhelligen Befürwortung des Jugendzentrums nicht.

Wortmeldungen eines solchen misstrauischen und ungeduldigen Jugendlichen sind in zwei Quellen überliefert: „Was wir brauchen, sind ein Plattenspieler und zum Sitzen ein paar Matratzen“,²⁸ warf er auf einer Diskussionsveranstaltung ein. Aktive der Initiativgruppe sahen sich gezwungen, zu widersprechen und auf den Offenen Brief zu verweisen – der mit der politischen Arbeit, den kulturellen Angeboten und der offenen Geselligkeit drei konkrete Ziele benannt hatte. Mögliche Kritik an einer gammelnden oder ausschweifenden Jugend sollte hier wohl im Keim erstickt werden.²⁹ Der ungeduldige Jugendliche lenkte diesbezüglich in einem Leserbrief ein, wehrte sich aber auch. Sicher könne „nur ‚herumhängen‘ und konsumieren“³⁰ nicht das Ziel sein. Dennoch verdiene er es, gehört zu werden: „Wenn das Jugendzentrum ein Erfolg sein soll, muß man die Jugendlichen, die dort hinkommen werden, über ihre Bedürfnisse befragen.“ Das Jugendzentrum sei nicht allein Sache der Initiativgruppe. Tatsächlich nutzen würden es vor allem die „Nestflüchter“, „die auch sonst [...] ihre [...] Freizeit an der Martin-Luther-Kirche, auf der Rathauptreppe oder in Lokalen verbringen.“

Derartige Kritik setzte insbesondere den politisch linken Teil der Initiativgruppe unter Druck. Denn nicht in der „Jugendpflege“ organisierte, unzufriedene Jugendliche an den Treffpunkten im Freien – neben den Treppen der Martin-Luther-Kirche trafen sie sich etwa im Kaufhaus Hertie oder auf dem „Hertievorplatz“ (später: Berliner Platz) – waren ihre Basis und Legitimation. Anzeichen von Distanzierung trafen die politischen Gruppen daher empfindlich in ihrem Selbstverständnis. Das geforderte städtische Jugendzentrum konnte nicht nur ihren politischen Gruppen und deren Zielsetzungen dienen, sondern musste allen offenstehen – ein oft wiederholter Grundsatz der Lokalpolitik.³¹

In der Initiativgruppe waren die linken Jugendlichen an die konfessionellen Jugendlichen und die bürgermeisternahe Junge Union gebunden. Bekanntermaßen standen sie zudem im Austausch mit der Verwaltung. Dies vermittelte das Bild einer Zusammenarbeit und schränkte ihre Mobilisierungsfähigkeit ein. Dem Protestbedürfnis der nicht-organisierten Jugend konnten die linken Gruppen

²⁸ O. A., „Teestube“ als Ersatz für die Kirchentreppe, in: Die Glocke, 12.11.1970.

²⁹ Vgl. zu derartigen Verdächtigungen Hans-Gerd Schmidt, Die 68er-Bewegung in der Provinz. Vom Rock 'n' Roll und Beat bis zur Gründung der Grünen in Lippe, Bielefeld 2018, S. 290-291.

³⁰ Dieses und folgende Zitate, Franz-Georg Wickern: Glocke-Leser sagen ihre Meinung. „Kommunikation auf Matratzen“, in: Die Glocke, 17.11.1970.

³¹ Vgl. o. A., Alle Ratsfraktionen befürworten Jugendzentrum. Provisorium soll Wartezeit verkürzen helfen. Ratsmitglieder und Verwaltungsbeamte diskutieren mit der Jugend / Drei Gebäude im Gespräch, in: Neue Westfälische, 12.11.1970.

so nicht entsprechen. Überhaupt stand die eigene Organisiertheit in politischen Gruppen im Widerspruch zu dem Anspruch, die nicht-organisierte Jugend zu vertreten. Der Ausweg aus dem Problem der organisierten Vertretung der Nicht-Organisierten musste lauten: offene Mobilisierung. Dies versuchten die linken Gruppen dann auch. Die Initiativgruppe wurde aufgelöst und im Herbst 1970 durch das „Forum“ ersetzt.

Das Forum verstand sich als offene Zusammenkunft, doch es fiel bald in die Falle der Gruppen-Organisiertheit zurück. Zu den Mitgliedern zählten neben anderen politisch-kulturellen Gruppen die *Zet* und das Politseminar.³² Die Junge Union und die konfessionellen Jugenden waren ausgeschieden. So wurde die Forderung nach einem Jugendzentrum zu einer politisch linken Angelegenheit – und vieles spricht dafür, dass linke Jugendliche bereits die Initiativgruppe bestimmt hatten. Zwar beteiligten sich formal auch die Jusos nicht länger im Forum, doch Schröer blieb als Vertreter der *Zet* dabei und weiter tonangebend. Im Forum wurde nun sogar das bereits von der Initiativgruppe geplante „Organisationskomitee“ gebildet. Das Organ stand für genau die Organisiertheit als Bedingung des Mitmachens, die ein offenes städtisches Jugendzentrum eigentlich überwinden musste. Offen war das Forum also nicht. Warum konnte oder wollte es die offene Mobilisierung nicht umsetzen?

Ein offenes Forum hätte eine nennenswerte Zahl nicht-organisierter Jugendlicher benötigt. Doch deren Mobilisierung fiel weiter schwer, sodass der Rückgriff auf die Gruppen schon aus praktischen Gründen nahelag. Auch verstand sich das Forum als Nachfolger der Initiativgruppe. Die gute Verbindung zur Stadtpolitik wollte es offenbar nicht abreißen lassen. Diese beruhte auf den festen Ansprechpersonen aus den Gruppen, nicht auf offener Selbstverwaltung.

Es gab aber auch ein theoretisches Problem. Die Gruppen taten sich schwer, das politische Subjekt zu bestimmen, das sie mobilisieren wollten. An einem programmatischen Text des Politseminars lässt sich dies verdeutlichen.³³ Der Autor forderte nicht ein Jugend-, sondern ein Zentrum für „Schülerinnen und Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter“. Nach eingeübtem linken Verständnis dieser Jahre wurde das politische Subjekt hier aus dem Bildungszusammenhang beziehungsweise der Position in der kapitalistischen Ausbeutung gebildet. Es fehlte an einem theoretischen Verständnis für den Jugendlichen in der Stadt als urbanes politisches Subjekt.

Um das Forum wurde es in der Folgezeit ruhig. Bis zur Erfolgsmeldung im Oktober 1971: In einer leerstehenden Näherei in der Kaiserstraße hatte die Ver-

³² Vgl. o. A., „Forum“ kämpft fürs Jugendzentrum, in: *Die Glocke*, 01.12.1970.

³³ Vgl. und folgendes Zitat, Siegfried Serafin, Versuch einer Alternative zu autoritären Zwängen in Familie, Schule und Betrieb. Am Beispiel der Gruppe POLITSEMINAR, in: *Zet* 1/1970.

waltung nach über einem Jahr ein Gebäude für ein großes und zentral in der Stadt gelegenes Jugendzentrum Gütersloh gefunden. Das Forum erarbeitete Vorschläge zur Gestaltung, die sich ausdrücklich auch an Jugendliche richteten, „die im Augenblick nicht an der Mitarbeit in einer Gruppe interessiert sind“.³⁴ Diese Vorschläge werteten das Jugendzentrum als Urbanität auf und stellten die Interessen der politischen Gruppen etwas zurück. Doch trotz dieser Bemühungen gelang es dem Forum nicht, wirklich breit zu mobilisieren. Da entschiedenere Proteste von den Treffpunkten jedoch zunächst ausblieben, wurden Forums-Jugendliche noch in den 1972 gegründeten Jugendzentrumsausschuss berufen.³⁵

5. *Urbaner Umsturz*

Im Sommer 1972 wiesen diese Forums-Vertreter im Jugendzentrumsausschuss auf Unruhe in der örtlichen Jugend hin. Der Ausschuss beschloss eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit. Doch es war bereits zu spät: Unzufriedene Jugendliche kamen zunächst in einem „Arbeitskreis Jugendzentrum“ zusammen und übernahmen anschließend das Forum. Entgegen einer Gruppenstruktur verstand sich der Arbeitskreis als „spontane Vereinigung GTL. Jugendlicher“³⁶ („GTL“ stand für „Gütersloher“).

Am zweiten September versammelten sich etwa 100 Jugendliche vor dem Hertie zu einer Demonstration. Diese folgte auf eine „geplatzte[...] Fete“³⁷ im Stadtpark. Jugendliche verteilten Flugblätter mit der Überschrift: „Wo bleibt das Jugendzentrum?“ Die Demonstrierenden nahmen für sich in Anspruch, als nicht-organisierte Jugendliche die Mehrheit der Jugend zu vertreten. Ihnen fehlte, so ihr Anliegen, ein „zentrale[r] Treffpunkt“. Sie wandten sich auch gegen das bisherige Forum.³⁸

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) versuchte, sich an die Spitze der Proteste zu setzen und die den Jusos um Schröer nahestehende Be-

³⁴ Forum, Vorschläge zur Einrichtung des Gütersloher Jugendzentrums ausgearbeitet von der Arbeitssitzung, für die Richtigkeit Friedr. Wilh. Schröer, o. D. [10/1971], in: StA GT, SG Möller Nr. 2.

³⁵ Vgl. Niederschrift über die 1. Sitzung des Jugendzentrums-Ausschusses am 28. Februar 1972, in: StA GT.

³⁶ O. A., Offener Brief an die Lokalpresse, Gütersloh, o. D. [11 oder 12/1972], in: Zet, in: StA GT SG Möller Nr. 2.

³⁷ Dieses und folgende Zitate, Jugendzentrumsbewegung in Gütersloh. Eine Dokumentation anhand von Pressemeldungen in der NW, o. A.: [Eckhard Möller], o. D. [frühestens 1973], in: StA GT, SG Möller Nr. 2.

³⁸ Vgl. o. A., Wir warten nicht länger!, in: Die Rote Glocke. Jugendzeitung der SDAJ für Lehrlinge, Jungarbeiter und Schüler, Nr. 1, 12.10.1972, in: StA GT, SG Möller Nr. 4.

setzung des Forums zu verdrängen. Dies gelang auch, allerdings um den Preis jeder Organisiertheit. Die SDAJ war überfordert und wünschte sich schon bald die Jusos zurück.³⁹ Deutlicher noch als das alte Forum blickte sie vor allem instrumentell auf die Proteste. Sie hoffte, sie zur Mobilisierung in die eigene Gruppe nutzen zu können. Urbanität und Selbstverwaltung zählten nicht zu ihren Zielen.

Lokalpolitik und Verwaltung reagierten auf die Unruhe und eröffneten für die Wartezeit auf das Jugendzentrum in der Kaiserstraße ein provisorisches Jugendcafé in den Räumen einer ehemaligen Zeitungsredaktion, die von öffentlichen Toiletten unterkellert waren. Bald machte die Bezeichnung „Jugendklo“ die Runde. Obwohl belächelt, veränderte dieses *Jugendklo* die Auseinandersetzungen um das Jugendzentrum grundsätzlich. Sowohl das alte als auch das neue Forum waren nun am Ende, denn im *Jugendklo* fand sich eine direktdemokratische „Besucherversammlung“ zusammen.⁴⁰ Wenn es auch klein war und die Einrichtung über den öffentlichen Toiletten von angreifbarer Symbolik: Im *Jugendklo* kam es tatsächlich zu einem *Doing City*. Das *Jugendklo* war eine Form alltäglicher Urbanität und ermöglichte die Selbstverwaltung der Jugendlichen. Die meisten engagierten Jugendlichen wechselten umstandslos vom Forum zur neuen Besucherversammlung. Nur einige wenige neue Forum-Jugendliche aus der SDAJ kritisierten deren „Konzeptlosigkeit“.⁴¹

Im *Jugendklo* ging es jetzt hoch her. Der Raum bot einerseits die ersehnte Urbanität, war andererseits aber viel zu klein und stand im Verdacht, die Jugendlichen von der ausbleibenden Herrichtung des Jugendzentrums in der Kaiserstraße lediglich abzulenken zu sollen.⁴² Anstatt zur erhofften Beruhigung, führten das *Jugendklo* und die dort praktizierte Selbstverwaltung zur Ausweitung der Proteste. Die Jugend war nun breit und ausdrücklich gegen die Stadt mobilisiert. Sie nutzte das *Jugendklo* als ihre Basis.

Zum Missfallen der Sozialarbeiter forderten Jugendliche Matratzen, Musik und Farbe für die Wände der Räumlichkeiten.⁴³ In der folgenden „Malfete“⁴⁴ zu Jahresbeginn 1973 trieben es einige von ihnen auf die Spitze. In dieser „soge-

³⁹ Vgl. Jugendzentrumsbewegung in Gütersloh.

⁴⁰ Vgl. Satzung der Besucher des Jugendcafés der Stadt Gütersloh, Gütersloh o. D. [Frühjahr 1973], in: StA GT, SG Möller Nr. 2.

⁴¹ Winfried Wessollek, Briefe an die Lokalredaktion. Jugendzentrum, in: Neue Westfälische, 02.02.1973.

⁴² Vgl. o. A., wichtige meldung, Nr. 3, o. D. [11 oder 12/1972], in: Zet, in: StA GT, SG Möller Nr. 2.

⁴³ Vgl. Anlage zu Punkt 3 der Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses am 24.09.1973, in: StA GT.

⁴⁴ Dieses und folgende Zitate, Niederschrift über die 7. Sitzung des Jugendzentrumsausschusses am 15.02.1973, in: StA GT.

nannten „Spontan-Aktion“, so berichtete es die Verwaltung im Jugendzentrumsausschuss, waren „[a]ußer einigen [...] gelungenen Malereien [...] die Wände [...] auch mit [...] anstößigen Sprüchen [...] beschmiert worden.“ Die Verwaltung schloss daraufhin das Jugendklo und übermalte „die zotigen Stellen selbst“. Währenddessen besetzten einige Jugendliche in einer der bemerkenswertesten Raumeignungen der Stadtgeschichte mit einem *Sit In* kurzzeitig das Rathaus und forderten die sofortige Wiedereröffnung ihrer Einrichtung.

Doch die Reaktion der Stadtoberen fiel verständnisvoll aus: Die Verwaltung bedauerte, gezwungen gewesen zu sein, in die „Mitbestimmung“⁴⁵ einzugreifen. Die Jugendlichen sollten ermutigt werden, in der Besucherversammlung über eine annehmbare Gestaltung der Wände zu entscheiden. Nachdem auch die im Ausschuss anwesenden Jugendlichen ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht hatten, schlug der ausnahmsweise anwesende Stadtdirektor vor, mögliche weitere „Malereien [...] nicht durch die Stadt entfernen [zu] lassen“, sondern derartige Fragen den Jugendlichen selbst zu überantworten, was der Ausschuss dann auch beschloss.

Hier erzielten die Jugendlichen einen grundsätzlichen Erfolg: Die Lokalpolitik übertrug die Verantwortung für den Raum *Jugendklo* an die Jugendlichen, die ihn nutzten. Diesen Erfolg sollte es jedoch nur um den Preis der Rückbindung geben. Lokalpresse und CDU gingen die Jugendlichen nach der Malfete und dem *Sit In* härter an.⁴⁶ Es gelang ihnen, wieder verbindliche Ansprechpersonen durchzusetzen: Die direkte Demokratie im *Jugendklo* wurde durch einen „Besucherrat“ geschwächt.⁴⁷

6. Urbanität Jugendzentrum

Im *Jugendklo* entstand ein neues Verständnis vom Jugendzentrum. Zu beobachten ist dieses in einer weiteren Ausgabe der *Zet*. Diese blickte auf die Geschichte der Forderung nach einem Jugendzentrum in Gütersloh zurück – und interpretierte sie als Geschichte im Stadtraum benachteiligter Jugendlicher. Der „Fall Jugendzentrum“⁴⁸ begann demnach nicht mit der Initiativgruppe, sondern im Jahr 1966. Damals sei der „Hertie-Boss“ „erzürnt“ gewesen, „da [...] gelangweilte Jugendliche in seinen Aufzügen auf- und abfuhren, [...] Verkaufspersonal

⁴⁵ Dieses und folgendes Zitat, ebd.

⁴⁶ Vgl. o. A., Zwischenfall im Jugendcafé Gütersloh. Wände beschmiert und „Protest“ im Rathaus, in: Die Glocke, 14.02.1973; Niederschrift über die 8. Sitzung des Jugendzentrumsausschusses am 27.8.1973, in: StA GT.

⁴⁷ Vgl. Horst Semder, „Glocke“-Leser sagen ihre Meinung. Mit Mehrheit der Jugend, in: Die Glocke, 01.03.1973.

⁴⁸ Dieses und folgende Zitate, o. A., Was alles passieren mußte bis Gütersloh's Jugend das Jugendklo bekam!, in *Zet*, Gütersloh, o. D. [11 oder 12/1972], in: StA GT, SG Möller Nr. 2.

ärgerten oder gar den Eingang zu seinem Wegschmeißwunderland blockierten.“ Nicht nur Hertie war umkämpft: „Auch fromme Christen empörten sich; denn viele Jugendliche vertrieben sich ihre Freizeit mit Wein, Weib und Gesang auf den Treppen der Martin-Luther Kirche.“ In einem Leserbrief ergriff ein weiterer Jugendlicher Partei für diejenigen Altersgenoss*innen, die für die kommerziellen Freizeitangebote nichts übrig hatten: Gütersloher Jugendliche, die „sich an der Straße oder auf Plätzen [...] trafen oder besser gesagt, zu treffen gezwungen waren“⁴⁹ und „obendrein noch als Gammler, Flittchen oder Nichtstuer beschimpft“ wurden. Es waren nun also Konflikte um Orte in der Stadt – um Hertie, die Treppe der Martin-Luther-Kirche, Cafés und Kneipen oder auch um den Stadtpark –, die die Jugendlichen umtrieben. Die Geschichte der Forderung nach einem Jugendzentrum wurde Teil der Geschichte alltäglicher jugendlicher Handlungen in der Stadt.

Politische Gruppenräume, wie sie die ‚68er‘ gefordert hatten, spielten fortan keine Rolle mehr. Vielmehr gaben nun Konflikte um Urbanität, auf die spontane und direktdemokratische Aktionen folgten, den Ausschlag. In der Gegenwehr gegen die Beschimpfungen als „Gammler“ oder „Flittchen“ an den Treffpunkten im Freien lässt sich die Herausbildung eines neuen, urbanen politischen Subjekts erkennen. Zumindest wandten sich die Wortführenden nun nicht mehr an „Schülerinnen und Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter“, wie es etwa das Politseminar getan hatte. Stattdessen waren „gelangweilte Jugendliche“ in den Aufzügen Herties die politischen Subjekte der Forderung nach einem Jugendzentrum.

Es wäre insgesamt gesehen jedoch zu einfach, die Auseinandersetzungen um das künftige Jugendzentrum nur als Niederlage der politischen Gruppen nach ‚1968‘ zu verstehen. Die Jusos und das Politseminar sowie später die SDAJ trieben die Forderung voran und luden sie politisch auf. Zudem stellten sich die politischen Gruppen nicht als starre Blöcke dar. Vielmehr engagierten sich Jugendliche aus diesen Gruppen auch unabhängig von diesen in den Plena und Arbeitsgruppen im *Jugendklo*. Dort entwickelten viele von ihnen das Jugendzentrum als politische Urbanität mit und beschritten so gesehen ebenfalls den theoretischen Weg der Herausbildung des urbanen politischen Subjekts.

⁴⁹ Dieses und folgendes Zitat, Horst Semder, „Glocke“-Leser sagen ihre Meinung. Jugendcafé und Wochenende, in: Die Glocke, 14.11.1972.

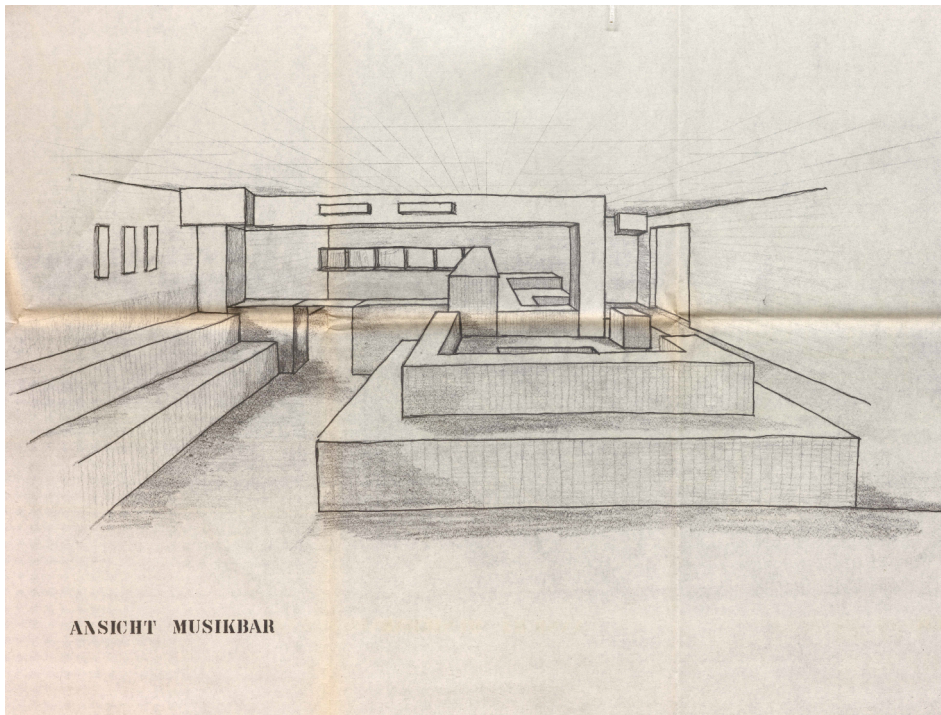


Abb. 2: Urbanität Jugendzentrum: Entwurf einer „Musikbar“ von Walter Hauer, in: StA GT, SG Möller Nr. 2.

Eine dieser Arbeitsgruppen, die sich nun in ausdrücklich urbanen Bildern und Begriffen verständigte, mithin ein *Doing City* betrieb, war der „Ausschuß Inneneinrichtung“.⁵⁰ Dieser legte der Besucherversammlung im Jugendklo im Juli 1973 Pläne vor, die mehr waren als nur Entwürfe der Inneneinrichtung (Abb. 2). Ziel dieser Pläne war „die gute Kommunikation zwischen den Besuchern“⁵¹ durch „möglichst große Sitzeinheiten“. Hervorgehoben wurden eine geplante „lange Sitzbank an der Fensterfront“ des Cafés sowie der hier abgebildete „Charakter einer Wohnlandschaft“ in einer „Musikzone“. Auch wenn diese Wohnlandschaft aus baurechtlichen Gründen⁵² letztlich verworfen werden

⁵⁰ Vgl. o. A., Bericht über den Stand der Einrichtung des Jugendzentrums, in: Zet, Gütersloh, o. D. [11 oder 12/1972], in: StA GT, SG Möller Nr. 2.

⁵¹ Dieses und folgende Zitate, Protokoll der Besucherversammlung vom 2.7.1973, in: StA GT, SG Möller Nr. 2.

⁵² Vgl. Niederschrift über die 9. Sitzung des Jugendzentrumsausschusses am 07.09.1973, in: StA GT.

musste: Die Pläne markieren den auch gestalterischen Durchbruch zu einem Verständnis vom kommenden Jugendzentrum als Urbanität. Der Begriff „Kommunikation“ war nun allgegenwärtig. Er richtete sich sowohl gegen den Vorrang der politischen Gruppenarbeit als auch gegen den Mangel an Begegnung infolge der Urbanisierung.

Nach dreieinhalbjährigen Auseinandersetzungen um das zukünftige Jugendzentrum Gütersloh eröffnete dieses schließlich zu Jahresbeginn 1974 in der Kaiserstraße. Unmittelbar setzten neue Aneignungen dieses Raumes ein. Obwohl die Auseinandersetzungen bereits so lange andauerten, hatten die Vorstellungen vom Jugendzentrum unter den hier in den Blick genommenen politisch linken Jugendlichen noch große Leerstellen. Diese wurden nun, da das Jugendzentrum eröffnet worden war, offenbar: Wie konnten etwa die migrantischen Jugendlichen der Stadt eingebunden werden? Was war mit den Mädchen und jungen Frauen, benötigten sie eigene Gruppen und Räume? Richtete sich das Jugendzentrum auch an Kinder und wenn ja, wie jung durften diese sein? Die hier betrachtete Herausbildung des urbanen politischen Subjekts unter den engagierten Jugendlichen der Stadt war, so zeigte sich, nur ein erster Schritt, jugendliches Leben in der Stadt als dieses wirklich umfassend zu verstehen.

7. Zusammenfassung

1970 bis 1973 forderten Jugendliche in Gütersloh ein städtisches Jugendzentrum, welches zu Jahresbeginn 1974 schließlich eröffnete. Dieser Beitrag hat untersucht, wie sich die Vorstellungen von ihrem Jugendzentrum unter den Jugendlichen in dieser Forderungsphase in konflikthafter Auseinandersetzungen wandelten. Der Untersuchung lag die Annahme zugrunde, dass in diesen Auseinandersetzungen Urbanität verhandelt wurde und sie daher als *Doing City* zu verstehen sind.

Von Beginn an gab es in der Argumentation Jugendlicher für das Jugendzentrum zwei Schwerpunkte. ‚1968‘ politisierte Jugendliche forderten – der erste Schwerpunkt – Räume für ihre politischen Gruppen. Der zweite Schwerpunkt lag auf dem Fehlen eines nichtkommerziellen Treffpunkts und von Angeboten der Jugendkultur. Die erste Vorstellung verlor im Verlauf der Ereignisse an Bedeutung. Die zweite gewann an Bedeutung, wurde jedoch noch maßgeblich politisch aufgeladen.

Vertretende der politischen Gruppen suchten früh die Zusammenarbeit mit Lokalpolitik und Verwaltung und bestimmten aus ihren Reihen feste Ansprechpersonen. Zunächst schien diese Zusammenarbeit erfolgreich zu sein. Nach einjähriger Suche fand die Verwaltung einen Standort für das Jugendzentrum. Doch dessen Herrichtung dauerte. Diese Wartezeit sorgte für Unruhe unter den

Jugendlichen.

Eilig eröffnete die Stadtverwaltung ein provisorisches Jugendcafé – von vielen Jugendlichen bald „Jugendklo“ genannt. So entstand ein Raum, der Selbstverwaltung und Urbanität ermöglichte. Aus diesem Grund beruhigte er die Situation nicht – wie erhofft –, sondern verstärkte die Proteste. Es folgte sogar eine kurzzeitige Besetzung des Rathauses.

Unter den Jugendlichen bildete sich eine neue, urbane politische Subjektivität heraus: Sie vertraten ihre Forderung nach einem Jugendzentrum als in den städtischen Räumen benachteiligte Jugendliche. Die prekäre Situation an den alltäglichen Treffpunkten im Freien und auch im *Jugendklo* standen nun im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Diese Formierung des urbanen politischen Subjekts Jugendliche*r war die entscheidende theoretische und praktische Entwicklung.

Tim Zumloh ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte. Er arbeitet zur Stadt- und Regionalgeschichte sowie zur Geschichte der sozialen Bewegungen und der Migration. Zuletzt war er an der Erarbeitung der Stadtgeschichte Güterslohs 1945 bis 2025 beteiligt und hat dazu u. a. veröffentlicht: *Umkämpfter Stadtbau. Abrisse – Neubauten – Erhalte*, in: Christoph Lorke (Hrsg., unter Mitarbeit von Joana Gelhart und Tim Zumloh), *Gütersloh. Geschichte einer Stadt (1945–2025)*, Bielefeld 2025, S. 413–451.

tim.zumloh@lwl.org